

Medienkonferenz Gemeinderatswahlen vom 14. Januar 2010

Anecken statt einstecken

Niklaus Scherr, Gemeinderat:

Fraktionsstärke in Zürich - Sitze in Winterthur und Dietikon

Judith Stofer, Spitzenkandidatin Kreis 7/8:

Bezahlbare Wohnungen, gute Bildung und ein breites kulturelles Angebot

Alecs Recher, Gemeinderat:

Vielfalt und Freiheit - statt Grundrechtsbruch und Repression

Catherine Rutherford, Spitzenkandidatin Kreis 11:

Lebensqualität für Zürich Nord: Zwei Brennpunkte

KandidatInnen-Listen

Wahlplattform

Anhang:

- **Wahlflyer**
- **Wahlplakate**

Medienkonferenz 14. Januar 2010:

Fraktionsstärke in Zürich - Sitze in Winterthur und Dietikon

Die Alternative Liste steigt am 31. Januar in Dietikon und am 7. März in Zürich und Winterthur in die Kommunalwahlen. In Zürich mit 116 Kandidatinnen und Kandidaten und Walter Angst als Stadtratskandidat. Unser Wahlziel in der Stadt Zürich: Wiedereroberung der Fraktionsstärke, d.h. mindestens fünf Sitze.

„Lebenslust statt Geldgier“, „Wohnraum statt Albtraum“ und „Anecken statt Einstecken“ heissen unsere Wahlslogans. Sie bringen es auf den Punkt:

- Wir nehmen uns die Stadt - wir setzen unseren eigenen Lebensentwurf gegen die zerstörerische Profitlogik des Finanzplatzes;
- Wir lassen uns nicht wegsaniieren – wir wehren uns gegen spekulative Aufwertung in den Quartieren und die Vertreibung der Klein- und Mittelverdiener;
- Wir bleiben unbequem – wir sind weiterhin die kritische Stimme von links im herrschenden linksgrünen Mainstream.

Taten statt Worte: AL-Erfolge mit Einbürgerungs- und Pauschalsteuer-Initiative

Die AL hat in den letzten vier Jahren in- und ausserhalb des Parlaments gute Arbeit geleistet und viel erreicht. Die grössten Highlights:

- Vor zwei Jahren haben über 70% der Stadtzürcherinnen und Stadtzürcher JA gesagt zur AL-Initiative „Mehr Fairness bei der Einbürgerung“ und Einbürgerungen der Willkür der „Schweizermacher“ im Gemeinderat entzogen und dem Stadtrat übertragen.
- Einen auch international beachteten Sensations-Coup realisierte die AL mit ihrer kantonalen Volksinitiative zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung für ausländische Millionäre, die im Februar 2009 vom Zürcher Volk angenommen wurde.
- Mit einem Referendum und fantasievollen Aktionen haben wir uns gegen die 30m-Neufrankenschneise, die Zerstörung von 20 Wohnhäusern und die Schicki-Mickisierung im Kreis 4 zur Wehr gesetzt und – gegen SP und Grüne – die Mehrheit der Quartierbevölkerung in diesem traditionell linken Kreis gewonnen .
- Gegen die Umzonung des Zollfreilagers haben wir das Referendum ergriffen und verlangt, dass mindestens ein Viertel der 1'000 neuen Wohnungen von Baugenossenschaften erstellt wird. Zwar haben wir die Abstimmung deutlich verloren, unsere grundsätzliche Forderung hat aber seither deutlich an Boden gewonnen und ist 2009 im Wahlkampf von Stadtpräsidentin Corine Mauch und kürzlich einer gemeinsamen linksgrünen Motion zur Planung Manegg aufgegriffen worden.

Wahlziel: Fraktionsstärke in Zürich

Unser Wahlziel ist klar: In Dietikon wollen wir neu ins Parlament einziehen, in Winterthur unseren Sitz verteidigen und in Zürich wieder mit Fraktionsstärke im Gemeinderat vertreten sein. Die 5%-Sperrklausel bildet angesichts des AL-Stimmenanteils in unsere Hochburgen in den Kreisen 3 und 4/5 kein Problem.

Auf unserer Liste kandidieren 56 Frauen und 60 Männer. Die jüngste Kandidatin ist 20, die älteste 74 Jahre alt, das Durchschnittsalter liegt bei 44 Jahren. Das Gros der Kandidierenden – 47 Personen – sind 35 bis 50 Jahre alt. 28 sind unter 35 Jahren, 36 sind 50 bis 65 Jahre und 5 über 65 Jahre alt. Aufschlussreich ist auch die Tatsache, dass deutlich mehr als ein Drittel Migrantinnen und Migranten sind oder aus MigrantInnenfamilien stammen. Das Berufsspektrum ist sehr breit. Die beiden grössten Gruppen bilden Kulturschaffende im weitesten Sinne mit 16 und Studierende mit 14 KandidatInnen. Dahinter folgen ArbeiterInnen und SozialpädagogInnen/SozialarbeiterInnen mit je 10 Kandidierenden.

Noch ein Wort zu den Finanzen: unser Wahlkampf für Gemeinde- und Stadtrat kostet – einschliesslich zusätzlicher Personalkosten – 55'000 Franken.

Niklaus Scherr, Gemeinderat 4/5, Wahlkampfkoordinator

Aktuelle Infos zum Wahlkampf finden Sie unter:

www.al-zh.ch

<http://al-11.blogspot.com> (Blog Kreis 11)

www.walterangst.ch (Website Stadtratswahlen)

Medienkonferenz 14. Januar 2010:

Bezahlbare Wohnungen, gute Bildung und ein breites kulturelles Angebot

Ich kandidiere als Gemeinderätin, weil ich mich für eine lebenswerte Stadt einsetzen möchte. Ich werde mich für eine Stadt engagieren, die nicht nur Wert auf schöne Fassaden und elegante Grünräume legt, sondern auch dafür sorgt, dass ihre Bewohnerinnen und Bewohner – Alte, Junge, Alleinstehende, Familien, Alteingesessene und Zugezogene – **bezahlbare Wohnungen** finden. Die Stadt muss Lebensraum und Heimat für die unterschiedlichsten Menschen bleiben – unabhängig von ihrem Einkommen, ihrer Herkunft und ihrer Religion.

Als Schulpflegerin habe ich mich in den vergangenen Jahren intensiv mit Schulfragen und Chancengleichheit auseinandergesetzt. Auch als gewählte Gemeinderätin werde ich mich für **gute Schulen und für Chancengleichheit** einsetzen. Die Umsetzung der Volksschulreform ist ein Meilenstein in der Zürcher Bildungslandschaft. Allerdings ist das angeschlagene Umsetzungstempo zu hoch. Die Umsetzung sollte langsamer angepackt werden, damit die Lehrerinnen und Lehrer, die sehr gute Arbeit leisten, auch einmal durchatmen können. Ein langsames Tempo ist aber auch darum wichtig, weil die umgesetzten Reformschritte auf ihre Tauglichkeit überprüft werden müssen. Erzielen die umgesetzten Massnahmen auch die gewünschten Resultate? Führen die Reformschritte zu einer besseren Schule? Massnahmen müssen sich bewähren, müssen überprüft und allenfalls angepasst werden.

Es gibt noch einen weiteren Grund, warum es wichtig ist, die Umsetzung der Volksschulreform langsamer anzugehen. Geht man diese mit mehr Ruhe und Gelassenheit an, lassen sich die vielgesuchten, gut ausgebildeten Fachkräfte wie Lehrpersonen, Heilpädagoginnen und Heilpädagogen auch eher finden. Zurzeit konnten nicht alle Stellen besetzt werden. Damit steht die integrative Förderung auf dem Spiel. Die integrative Förderung ist ein wichtiger Teil der Volksschulreform und trägt zu mehr Chancengleichheit in unserem Schulsystem bei. In den letzten Monaten hat es sich gezeigt, dass eine seriöse und ernsthafte Umsetzung der integrativen Förderung nur mit mehr Lehrpersonen und Fachkräften möglich ist. Die Integration von Kleinklassen in Regelklassen und die individuelle Förderung von Schülerinnen und Schülern ist aufwändig. Es braucht mehr Halbklassenunterricht sowie Absprachen und Zusammenarbeit unter den Lehrkräften. Dies alles bedeutet aber, dass mehr Lehrkräfte eingestellt werden müssen.

Für die AL ist darum klar: Eine nachhaltige Volksschulreform ist nur mit mehr Ressourcen machbar. Die Volksschulreform darf unserer Meinung nach nicht zu einem verkappten Sparprogramm der Stadt werden. Bei der Schule und der ausserschulischen Kinderbetreuung darf nicht gespart werden. Mehr Hortplätze und die Sprachförderung fremdsprachiger Schulkinder sind ein Muss. In Zürich sind genügend finanzielle Mittel vorhanden, um allen Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen eine gute Schulbildung zu ermöglichen.

Zur Lebensqualität einer Stadt gehört auch die Kultur. Eine Gesellschaft ohne Kultur ist wie ein Fisch ohne Wasser. Ich werde mich dafür einsetzen, dass die etablierten Kulturinstitutionen wie Theater, Museen und das Tanzhaus weiterhin genügend Subventionen erhalten, weil sie das **kulturelle Leben von Zürich** bereichern. Ich werde mich aber auch für Orte einsetzen, wo sich freies

Kulturschaffen entfalten kann. Was wäre eine Stadt ohne Schriftsteller, Künstlerinnen, Filmschaffende und Musikerinnen, die herausfordern, zum Weiterdenken anregen und auf das Schöne aufmerksam machen!

Judith Stofer, Journalistin BR, lic. theol., Spitzenkandidatin Kreis 7/8 (AL – Alternative Liste)

Judith Stofer, Jahrgang 1959:

- freischaffende Journalistin BR, Studium der Theologie in Fribourg und Paris
- Gemeinderatskandidatin Kreis 7/8 der AL
- seit 2006 Mitglied der Kreisschulpflege Limmattal
- Mitglied der Mediengewerkschaft comedia
- Mutter einer 16-jährigen Tochter

Quotes Judith Stofer:

„Ich möchte in einer Stadt leben, in der alle Menschen, unabhängig von ihrem Einkommen, ihrer Herkunft und ihrer Religion willkommen sind. Darum kandidiere ich als Gemeinderätin für die AL.“

„Bei der Schule und der ausserschulischen Kinderbetreuung darf nicht gespart werden. Mehr Hortplätze und die Sprachförderung fremdsprachiger Schulkinder sind ein absolutes Muss. In Zürich sind genügend finanzielle Mittel vorhanden, um allen Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen eine gute Schulbildung zu ermöglichen. Als Gemeinderätin der AL werde ich mich für eine gute Schule einsetzen.“

„Eine Gesellschaft ohne Kultur ist wie ein Fisch ohne Wasser. Die etablierten Kulturinstitutionen bereichern das kulturelle städtische Leben enorm. Wichtig sind aber auch Orte für freie Kulturschaffende und kulturelle Freiräume wie beispielsweise die Rote Fabrik. Davon gibt es in der Stadt nicht genug. Wir brauchen darum noch mehr Rote Fabriken!“

Medienkonferenz 14. Januar 2010:

Vielfalt und Freiheit - statt Grundrechtsbruch und Repression

Vor kurzem war die 10vor10 schauende Schweiz hell entsetzt: mit roher Gewalt versucht sich die Stadtpolizei Zürich Respekt zu verschaffen. Unter einer Chefin mit linkem Parteibuch erwartet die Bevölkerung - zu recht - kein solches Vorgehen. Beobachten wir das Gebaren der aktuellen Stadtregierung und der ihr unterstellten Polizei während der zu Ende gehenden Legislatur, so wundert man sich jedoch weniger. Vielmehr wird klar, dass Vielfalt, Rechtsstaat und Grundfreiheiten immer mehr in die Ecke gestellt werden. Bloss nichts Spontanes oder Ungewohntes scheint die Losung.

Mit grossem Eifer werden alle paar Tage die nach meiner Erfahrung friedlichen Grasdealer beim Platzspitz gewaltsam zu Boden gedrückt; wer nicht weisser Hautfarbe ist, wird allein deswegen kontrolliert und öffentlich schikaniert; das Weiterexistieren von Darkrooms musste erst vor Obergericht erstritten werden und sogar das Grillen soll nun überreglementiert werden.

Dass dabei Grundrechte missachtet werden, dass sich auch unbescholtene EinwohnerInnen immer mehr unwohl fühlen statt sicherer, davor schliesst die rote Regierung bewusst die Augen.

Die AL hat sich auch in dieser Legislatur konsequent und vehement gegen diesen Trend gewehrt.

Zuschauerdatenbank Gamma

Wäre ich eine Generation früher geboren, wäre ich wohl im Homoregister gelandet, vielleicht auch zusätzlich in den politischen Fichen. Heute sind primär die Sportfans im Fokus der staatlichen Datenbeschaffer. Nebst dem eidgenössischen Strafregister der verurteilten Täter eine Datenbank zu führen von Sportfans, die sich nichts zu schulden kommen liessen - solche Wildwüchse, wie es Gamma ist, wird die AL weiterhin nicht goutieren. Für uns gilt die Unschuldsvermutung für alle.

Zentrale Ausnüchterungsstelle

Der jüngste Wurf ist das Pilotprojekt "Zentrale Ausnüchterungsstelle". Ab März sollen an den Wochenenden Betrunkene in Haft gesetzt werden. Bereits die Grundidee, jemanden rein aufgrund seines Alkoholpegels zu verhaften und über Nacht festzuhalten, ritzt das Recht deutlich. Dass aber eine private Firma Handlangerdienste für die Polizei übernehmen soll, dass Private am staatlichen Gewaltmonopol beteiligt werden, liegt auch in der Stadt Zürich nicht drin. Eine dringliche Anfrage der AL dazu ist hängig.

BWIS-Massnahmen / Rayonverbote

Egal was man von Rayonverboten, einer Einschränkung der Bewegungsfreiheit aus Angst vor Wiederholungstaten, hält: nur als hundslausig kann man die in der Stadt Zürich ausgesprochenen Rayonverbote der ersten Generation bezeichnen. Zeitlich übermässig, ohne individuelle Anpassung, zum Teil sogar ohne Beachtung von Arbeits- und Wohnort, wurden alle mit den gleichen Einschränkungen bestraft. Erst auf Intervention der AL im Rat und von Betroffenen, die erfolgreich Rechtsmittel dagegen ergriffen, wurde diese Praxis korrigiert.

Polizeigesetz und Allgemeine Polizeiverordnung

Nach tüchtigen Nachbesserungen durch das Bundesgericht hat der Kanton Zürich nun ein Polizeigesetz, das zumindest als *grosso modo* verfassungskonform bezeichnet werden kann. Die AL hat sich an dieser erfolgreichen Beschwerde beteiligt. Die vorgeschlagene städtische Verordnung dazu liest sich wie Realsatire. Wir bleiben dran, dass der Polizei klare Schranken und Leitlinien für ihr Handeln gesetzt werden und die APV sich nicht um Fragen wie Urinieren in Sandkästen und Grillverbote dreht.

Gesellschaftliche Vielfalt ist eine Bereicherung und macht erst eine Grosstadt aus. Die AL spricht sich in ihrer Wahlplattform klar für diese Vielfalt aus. Jede und jeder bringt eigene Voraussetzungen mit, hat seine Vorstellungen, wie er oder sie sein Lebensglück findet. Die AL will eine Stadt, in der solch unterschiedlichste Lebensentwürfe gelebt werden können, die Platz bietet für ein Neben- und Miteinander von Menschen verschiedener Herkunft, unterschiedlicher politischer Einstellungen, beliebiger Geschlechtsidentitäten und sexueller Orientierungen.

Alecs Recher, Gemeinderat Kreis 4/5

Medienkonferenz 14. Januar 2010:

Lebensqualität für Zürich Nord: Zwei Brennpunkte

In Zürich Nord wird emsig gebaut. Es ist schwierig, immer das Richtige zur richtigen Zeit am richtigen Ort zu bauen. In Neu-Oerlikon wurden v.a. Wohnungen für Dinks (Double income no kids) und ein grosses Schulhaus für die späteren Kinder gebaut. Spezialnutzungen überbrücken die Leere. Am westlichen Rand von Affoltern Hunderte von Wohnungen für Familien, aber kein Schulhaus. Dafür ein besonders schönes in Leutschenbach, dort wo die meisten Familienwohnungen erst in Planung sind. Jetzt dürfen die Kinder aus den Pavillons beim Schulhaus Saatlen ins Leutschenbach zügeln.

Schulhausnot in Affoltern

In Affoltern werden die Kinder behelfsmässig in Pavillons untergebracht. Schöne, praktische Pavillons – mit dem unschönen Nachteil, dass sie teilweise eine zu hohe Formaldehydbelastung aufweisen, die man nun mit Lüftungsanlagen zu senken versucht. Die Pavillons I und II wurden auf einem Areal, das im Altlastenverdachtskataster figuriert, und in unmittelbarer Nachbarschaft eines stark vorbelasteten Areals erstellt. Die drei neuen Pavillons, für die zurzeit das Bewilligungsverfahren läuft, sollen östlich davon errichtet werden. Die im Gemeinderat vorgängig versprochene Altlastsanierung ist aus Spargründen unterblieben. All diese Details wurden erst auf Protest besorgter Eltern und einer dringlichen Anfrage von AL-Gemeinderat Walter Angst publik.

Diese praktischen Pavillons sind als temporäre Ergänzung zu bestehenden Schulanlagen gedacht, wenn es vorübergehend mehr Kinder hat oder ein Schulhaustrakt saniert wird. Nord-West-Affoltern braucht ein richtiges Schulhaus. Der Lehrplan sieht Zusatzräume wie zusätzliche Räume wie Bibliothek, Sing- und Aufführsaal, Werkraum, Sporthalle und Schwimmbad und eine geeignete Ausstattung dieser Räume in einem Ausmass vor, das die Erreichung der Lehrplanziele ermöglicht. Die Pavillons erfüllen diese Aufgabe ungenügend. Nicht nur die Kinder und deren Lehr- und Betreuungspersonen brauchen ein richtiges Schulhaus, sondern auch das boomende, neue Wohnquartier. Wo soll die Steelband üben? Wo sollen das Vaki-Turnen, das Power-Yoga und das Kreistanzen stattfinden? Die Vereine brauchen staatliche, d.h. günstige Räume, um ihre wertvollen ehrenamtlichen Tätigkeiten ausüben zu können. Selbst der Stadtrat musste in einer Interpellationsantwort kürzlich zugeben:

„Es ist unbestritten, dass die Pavillonschule aufgrund der nicht optimalen Aussenräume und des unvollständigen Raumprogramms ihre quartierbildende Funktion nicht im gewünschten Mass wahrnehmen kann.“

In einem Leitbild hat das Amt für Städtebau 2004 „Schwerpunkte für die Quartierentwicklung von Zürich-Affoltern“ festgehalten. Darin werden Siedlungen und Schulanlagen als planerische Einheit behandelt. Im gleichen Jahr 2004 hat der Stadtrat aber das geplante Schulhaus „aus finanziellen Erwägungen“ – sprich: aus Spargründen – aus dem Finanzplan gekippt und auf die Warteschleife gesetzt. Im November 2008 wurde es dann wieder in die mittelfristige Planung aufgenommen. Nach grossem öffentlichen Druck stellt der Stadtrat jetzt eine Realisierung im Jahr 2015 in Aussicht, hält sich aber eine Hintertüre offen:

„Aufgrund der Dringlichkeit des Bedarfs gehen alle Beteiligten davon aus, dass die Realisierung der Schulanlage Ruggächer in der Investitionsplanung bleibt. Notfallszenario: Falls die Schulanlage nicht realisiert werden könnte, müssten die Pavillons für längere Zeit stehen bleiben. „

Kein Vergleich mit dem Express-Fahrplan für das Stadion Letzigrund oder dem Projektierungskredit für die Neuplanung des Kongresshauses...

Einzelinitiative Wohnen Züri-Nord

Im Quartier Leutschenbach sind bis jetzt vor allem Wohnbauten mit einer übermässigen spekulativen Dichte – Beispiel Andreaspark – erstellt worden. Hier muss die Stadt korrigierend eingreifen. Unmittelbar nach dem Kauf des Heineken-Areals in der Nähe des Fernsehstudios habe ich darum mit einer im Rat breit unterstützten Einzelinitiative eine städtische Wohnüberbauung auf diesem Areal verlangt. Damit Wohnqualität und Preis stimmen, soll die bauliche Dichte reduziert und ein Abschreiber auf dem Landwert vorgenommen werden.

Die beiden Parzellen waren ursprünglich nicht für Wohnnutzungen vorgesehen und sind einer fünfgeschossigen Zentrumszone zugeteilt. Der Preis der neu gekauften Parzelle ist mit 2125 Franken pro m² für den gemeinnützigen Wohnungsbau zu hoch. Auch zusammen mit der bereits im Besitz der Stadt Zürich befindlichen Nachbarparzelle resultiert immer noch ein unzumutbar hoher Landwert. Der Druck, die zulässige Ausnützung voll zu konsumieren, wäre dementsprechend hoch, wenn das Land an eine Genossenschaft abgegeben würde.

Mit der Realisierung einer kommunalen Wohnsiedlung auf dem unmittelbar an den Leutschenpark angrenzenden Heineken-Areal und der Nachbarparzelle kann die Stadt Zürich künftig nicht nur als Liegenschaftsbesitzerin positiv auf die weitere Entwicklung des neuen Quartiers Einfluss nehmen. Mit der Eigennutzung rechtfertigt sich auch eine Abschreibung auf dem Landwert, die für die Realisierung einer von der baulichen Dichte her zweckmässigen und vom Preisniveau her für Familien und andere Normalverdienende tragbaren Wohnraum unerlässlich ist.

Catherine Rutherford, Architektin FH, Spitzenkandidatin Kreis 11

Wahlkreis 1/2

1	Garcia	David	1975	Dr. med, Arzt
2	Wildi	Irene	1964	Werkstudentin
3	Hochuli	Stephan	1985	Sozialarbeiter
4	Pfister	Nicole	1968	Hortleiterin
5	Böni	Eduard (Edi)	1955	Sozialwissenschaftler
6	Meier	Ariane	1984	Studentin
7	Giannini	Oliver	1979	Student
8	Muñoz	Melanie	1975	Sozialarbeiterin
9	Kaplan	Haci	1960	Koch
10	Gähler	Graziella	1946	Mittelschullehrerin
11	Sarici	Mahmut	1958	Briefträger
12	Bräm	Ulrich (Ueli)	1950	Sozialarbeiter

Wahlkreis 3

1	Angst	Walter	1961	Leiter Kommunikation Mieterverband (bisher)
2	Blättler	Richard	1964	Soziologe, lic. phil.
3	Widmer	Marianne	1959	Dipl. Übersetzerin
4	Ametamey	Kumuduni	1955	Familienfrau
5	Claude	Pascal	1970	Lehrer
6	Schwab	Käthi	1952	Lehrerin
7	Zatti	René	1962	Arbeiter
8	Böni	Silvia	1962	Coiffeuse
9	Gutierrez	Javier	1959	Hausmann
10	Kummer	Renate	1964	Slavistin, Dr. phil.
11	Bösch	Ivo	1974	Architekt/Redaktor
12	Schaub	Rosita	1963	Sozialarbeiterin
13	Karakus	Kamil	1959	Restaurantinhaber
14	Meier	Josy	1958	Drehbuchautorin
15	Weil	Anjuska	1946	Geschäftsführerin

Wahlkreis 4/5

1	Recher	Alecs	1975	Heilpädagoge/Jurist (bisher)
2	Scherr	Niklaus	1944	Journalist (bisher)
3	Maiorano	Isabel	1975	Sozialpädagogin
4	Lüthi	Oliver	1974	Mitarbeiter Bioladen/Betriebsökonom HWV
5	Sprecher	Regula	1964	Kinesiologin/Schulleiterin
6	Schaedler	Luc	1963	Produzent/Filmer
7	Oettli	Katrin	1961	Film-/Video-Gestalterin
8	Rolle	Andreas	1970	Wirt
9	Vasella	Ilia Maria	1961	Grafikerin/Leitung Studiengang Grafik F+F
10	Winizki	David	1948	Hausarzt
11	Frei	Harriet	1966	Dekorationsgestalterin
12	Held	Ruth	1967	Grafikerin
13	Kilinc	Selahattin	1956	Verkäufer

Wahlkreis 6

1	Wyss	Stefan	1980	Konzertveranstalter/Musikagent
2	Roth	Brigitte	1975	Sozialarbeiterin
3	Salomon	Luca	1983	Student
4	Maino	Rosa	1968	Geschäftsleiterin Kino/Kulturmanagerin
5	Sanchez	Jose Luis (Pepe)	1965	Zerstörungsfreier Materialprüfer
6	Peduto	Camelia	1967	Sprachlehrerin, lic.phil.I
7	Winiger	Alex	1966	Adm. Fachassistent/bildender Künstler
8	Dominguez	Eryca	1983	Pflegeassistentin
9	Weidmann	Afra	1935	Pensioniert
10	Jamal-Aldin	Samir (Samir)	1955	Regisseur/Produzent

Wahlkreis 7/8

1	Stofer	Judith	1959	Journalistin BR, lic. theol.
1	Stofer	Judith	1959	Journalistin BR, lic. theol.
2	Medici	Marco	1945	Geschäftsleiter
3	Fisler	Johanna	1954	Pflegefachfrau Psych.
4	Lerch	Markus	1952	Theaterschaffender
5	Wellinger	Christina	1960	Museumsangestellte, Kursleiterin
6	Schiwow	Michail (Mischa)	1961	Kulturverantwortlicher
7	Angst-Kumme	Marianne	1958	Sozialpädagogin
8	Baenziger	Ralph	1940	Dipl. Arch. ETH
9	Herzog	Lisa	1953	
10	Lechleiter	Georg	1943	Dr. iur., Rechtsanwalt
11	Campanello	Bruna	1975	Betriebsökonomin FH

12	Christen	Georg	1962	Buchhalter
13	Böckle	Monika	1969	
14	Schiller	Martin	1986	Student
15	Sträuli	Mariann	1955	Kuratorin/Filmhistorikerin, Dr. phil.
16	Vaterlaus	Christian	1959	Geschäftsführer

Wahlkreis 9

1	Kleisli	Till	1981	MSc ETH Informatik
2	Schiller	Christina	1989	Schülerin/Postangestellte
3	Ilari	Gabriele	1985	Master Student Chemie ETH
4	Huber	Thelma	1962	Interkulturelle Beraterin/alt Gemeinderätin
5	Jordi	Christian	1955	Arzt, Dr. med.
6	El-Maawi	Rahel	1977	Dipl. soziokulturelle Animatorin FH
7	Wilms	Sven	1979	Chauffeur
8	Kohler	Silvana	1972	Ethnologin, lic.phil.I
9	Adir	Cumali	1952	Hausmann
10	Tunali Beytekin	Denise	1960	Sozialarbeiterin FH
11	Hagen	Wanja Alesch	1980	Verkäufer
12	Gregor Frei	Doris	1942	Pensioniert
13	Karakus	Latif	1965	Reiniger
14	Utzingler	Franziska	1972	Psychomotoriktherapeutin
15	Kayaci	Hüseyin	1959	Modeberater
16	Hadian	Maja	1979	

Wahlkreis 10

1	Wolff	Richard (Richi)	1957	Urbanist
2	Bolliger Werner	Heidi	1954	Med. LaborantIn
3	Vontobel	Remo	1964	Personalfachmann/Berufsbildner
4	Leitner	Andrea	1964	Berufsschullehrerin
5	Padel	Dennis	1978	Soziokultureller Animator i.A.
6	Petschen	Marina	1959	Köchin
7	Solinas	Daniel	1971	Rangierarbeiter SBB Cargo
8	Paras	Svetlana	1976	Studentin
9	Akyol	Ezgi	1986	Studentin
10	Braendlin	Urs	1970	Dipl. Architekt ETH
11	Elgahmi	Teresa	1967	Historikerin, lic.phil.I
12	Bischoff	Markus	1956	Rechtsanwalt/Kantonsrat

Wahlkreis 11

1	Rutherford	Catherine	1961	Architektin FH
1	Rutherford	Catherine	1961	Architektin FH
2	Kirstein	Andreas	1963	Stv. Direktor ETH-Bibliothek
2	Kirstein	Andreas	1963	Stv. Direktor ETH-Bibliothek
3	Sanz	Julia C.	1957	Dipl. Geografin/Schulevaluatorin
4	Pfister	Markus	1960	Leiter Quartierzentrum TEZET Oerlikon
5	Huonker	Laura	1981	Theaterregisseurin
6	Praxmarer	Fritz	1948	Stromsparberater/Schriftsteller
7	Giger	Simone	1974	Ethnologin
8	Wälle	Yves	1973	Schreineremitarbeiter
9	Dieziger	Karin	1969	Sozialarbeiterin
10	Richter	Oktay (Ercan)	1961	Kunstmaler
11	Dulik	Rahel	1988	Assistentin/Sekretärin
12	Horvath	Franz	1964	Historiker, lic.phil.I
13	Göldi	Regula	1971	Pflegefachfrau
14	Bütikofer	Kaspar	1965	Gewerkschaftssekretär
15	Stauffer	Marlen	1989	Studentin
16	Bürer	Dominik	1977	Student
17	Steinberger	Natalie	1968	Reisebüroangestellte/Mutter
18	Bechtiger	Thomas	1970	Mechaniker/Selbständig
19	Grigo	Jacqueline	1972	Ethnologin, lic.phil.

Wahlkreis 12

1	Klieber	Anna	1984	Sozialpädagogin i.A.
1	Klieber	Anna	1984	Sozialpädagogin i.A.
2	Spilimbergo	Raffaele (Raffy)	1950	Offsetdrucker
2	Spilimbergo	Raffaele (Raffy)	1950	Offsetdrucker
3	Dulik	Zdenek	1961	Technischer Angestellter
3	Dulik	Zdenek	1961	Technischer Angestellter

Stadtentwicklung

Obwohl nur mittelgross, verfügt Zürich als Stadt über urbane Vielfalt, grosstädtisches Flair und eine hohe Lebensqualität, die allen zugute kommt. Diese positiven Eigenschaften werden durch die Boomtown-Entwicklung der letzten Jahre mehr und mehr infragegestellt.

Mit der Aera Ledergerber-Martelli hat ein Paradigmawechsel in der Stadtentwicklung stattgefunden. Das einst sinnvolle Instrument der kooperativen Planung wurde pervertiert zu einem Prozess, bei dem Private ihre Grossgrundbesitzer-Interessen über weite Strecken durchsetzen können. Nutzungsdichte, Nutzweise und Angebotspreise bestimmen die Privaten, die Stadt begnügt sich im wesentlichen mit ein paar oberflächlichen ästhetischen und ökologischen Retuschen. Bei den Projekten WestLink (SBB) und Hardturmpark tritt der Stadtrat privaten Bauherren strategisch wichtige städtische Parzellen ab, ohne wesentliche Gegenleistungen einzufordern.

Mit der renditeorientierten Umnutzung der Industriebrachen und der forcierten „Aufwertungs“-Politik in den Quartieren wird es für produzierende Gewerbebetriebe mit geringer Wertschöpfung zunehmend eng. Lebensentwürfe, die keinen Mehrwert versprechen, finden kein Gehör. Dass in der Binz ein alternatives Kultur- und Wohnprojekt plattgemacht werden soll und dass die Kalkbreite verschwinden muss, löst im linksgrünen Mainstream kaum Reaktionen aus.

Zwar haben die Stimmberechtigten das einseitig kommerziell dominierte Public-Private-Projekt (PPP) Kongresshaus bachabgeschickt und kämpferische AnwohnerInnen das PPP-Shoppingcenter-Stadion beim Hardturm gestoppt. Doch abschreckende Negativbeispiele grundeigentümerfreundlicher Planungen bleiben genug: vom Leutschenbach, Maag-Areal, Stadtraum HB bis zum Hardturm-Areal. Praktisch nie hat die SP und nur selten die Grünen zu dieser Politik Nein gesagt.

Besonders massive Eingriffe sind im Kreis 4 geplant. Im Rahmen des Projekts „Langstrasse plus“ soll unter dem Titel „Quartieraufwertung“ ein weiteres, als aufsässig und unangepasst geltendes Stadtquartier schrittweise geliftet und mit der Sperrung der Langstrasse eine Boutique- und Partymeile geschaffen werden. Im Stadtraum HB – neu „Europaallee“ - wird ein steriles Neubauquartier im Einheitslook mit Banken und nochmals Banken – von UBS über Clariden Leu bis Swissscanto - konzipiert, statt zahlbaren Wohnungen werden Business-Apartments, teure Eigentums-Lofts, eine „Seniorenresidenz für gehobene Ansprüche“ und ein Design-Hotel „25 hours“ geplant. Mit der 30 m breiten Neufrankenschneise, der 20 Häuser zum Opfer fallen würden, soll auch gleich der zugehörige Durchfahr- und Renommierboulevard geschaffen werden. Geht es nach dem Willen der Kantonsregierung, soll anstelle des denkmalgeschützten Güterbahnhofs der Notter-Knast-Palast, das 700-Mio-fränkige Repressionszentrum für Polizei und Justiz (PJZ) hingeklotzt werden.

Die AL hat aktiv zur Verwerfung der Kongresshausvorlage beigetragen und sich mit Referenden gegen den Gestaltungsplan Stadtraum HB und die Baulinienvorlage Neufrankengasse zur Wehr gesetzt. Wenn Zürich eine vielfältige Stadt bleiben soll, braucht es jetzt mehr Widerstand von den direkt Betroffenen und einen Kurswechsel in der Kommunalpolitik. Sonst werden wir uns in zwanzig Jahren in einer Mischung aus Mini-Frankfurt und Mini-London wiederfinden.

Ob all der Prestigeprojekte und „Aufwertungs“-Massnahmen haben wichtige Infrastrukturbedürfnisse in den Quartieren das Nachsehen. Statt ein dringend nötiges Schulhaus im Wachstumsquartier Affoltern voranzutreiben, bastelt der Stadtrat nach dem Moneo-Crash prioritär an einer Zweitaufgabe des Kongresshauses.

Die AL fordert konkret:

- Paradigmawechsel in der Stadtentwicklungspolitik: dezidierte Formulierung städtischer Interessen gegenüber den privaten Grundbesitzern statt kumpelhafter Appeasement-Politik

- Keine städtischen Landgeschäfte mit Privaten ohne Durchsetzung von übergeordneten Stadtentwicklungszielen (Mindestanteile für gemeinnützige Wohnungen, ökologische Minimalstandards etc.)
- Aktive planerische Massnahmen zur Sicherung zahlbarer Gewerberäume
- Vermehrter Einbezug sozial-, wohn- und gewerbepolitischer Zielsetzungen im Rahmen des Projekts „Räumliche Entwicklungs-Strategie“ (RES)
- Stopp der forcierten „Aufwertungs“-Politik im Langstrassenquartier
- NEIN zum Bau der Neufrankenschneise, NEIN zur Sperrung der Langstrasse (kommende Kreditvorlagen)
- NEIN zum Polizei- und Justizmonster-Bau am Güterbahnhof, Kauf des Areals durch die Stadt und gemischte Nutzung als Gewerbe- und Kulturzentrum
- Prioritäre Planung vitaler Infrastrukturen (Schulhäuser, Gemeinschaftszentren) in Entwicklungsgebieten statt Leuchtturm- und Prestigeprojekte

Das AL-Programm für zahlbare Wohnungen

Die Hälfte der 200'000 Stadtzürcher Haushalte verfügt über ein Haushaltseinkommen unter 6000 Franken. Sie sind auf Wohnungen angewiesen, die zwischen 1200 und 1800 Franken kosten. Die Erfahrung zeigt, dass der „freie Markt“ und die Bauwirtschaft die Bedürfnisse dieser Menschen nicht befriedigen können. Langjährige Bewohnerinnen und Bewohner müssen wegen Kündigungen und hohen Mieten an den Stadtrand ziehen oder werden aus der Stadt vertrieben. Andere belasten ihr Haushaltbudget wegen den hohen Marktmieten derart stark, dass nur noch wenig Spielraum für Bildung und Leben besteht.

Die Zürcherinnen und Zürcher sind Opfer eines viel zu wenig regulierten Immobilien- und Mietmarkts, dessen Akteure zu den grossen Krisengewinnern zählen. Eigentümer dürfen Menschen aus ihrer Wohnung werfen, nur um eine höhere Miete zu kassieren. Und sie dürfen bei Neuvermietungen massiv höhere Mietzinse verlangen. Der in der Verfassung versprochene Schutz der Mieterinnen und Mieter vor missbräuchlichen Mietzinsen ist in Zürich nicht mehr gewährleistet.

Die Stadt hätte schon lange etwas gegen die stossenden Ungerechtigkeiten auf dem Wohnungsmarkt unternehmen müssen (und können). Doch der Stadtrat, angeführt von Elmar Ledergerber und Katrin Martelli, hat in den letzten zwölf Jahren gehandelt, als wäre er die Marketingabteilung der „Greater Zurich Holding“. Die AL hat diese zynische Standortpolitik noch nie unterstützt. Wir haben mit zahlreichen Vorstössen im Gemeinderat und mit den Referenden gegen den Gestaltungsplan Stadtraum HB, die Neufrankenschneise und die Umzonung des Zollfreilagers Gegensteuer gegeben. Heute verlangen wir einen klaren Kurswechsel.

Die Behauptung, der Stadtrat habe keine Mittel in der Hand, um den städtischen Immobilienmarkt zu regulieren, ist falsch. Das zeigt unser Programm für zahlbare Wohnungen. Unsere Forderungen:

- Mindestanteil an preisgünstigen Wohnungen: Grundeigentümer sind wie in der Stadt Zug zu verpflichten, ein Drittel der neu erstellten Wohnfläche für den gemeinnützigen Wohnungsbau zu reservieren.
- Keine spekulative Immobilienpolitik staatlicher und halbstaatlicher Organisationen: SBB, Kanton, VBS, Pensionskassen von Stadt und Kanton Zürich sind zu verpflichten, ihr Bauland und die direkt oder indirekt über ihre Stiftungen kontrollierten Immobilien ohne spekulative Aufwertung zu bewirtschaften.
- Bauland für Alterswohnungen: die Möglichkeiten des Planungs- und Baugesetzes sind voll auszuschöpfen, um in den Quartieren geeignetes Bauland für Alterswohnungen und Alterssiedlungen bereitzustellen.
- Schluss mit Zweckentfremdung: Zweitwohnungen, Business-Apartments und Hotelnutzungen dürfen nicht mehr an den im Zonenplan festgelegten Wohnanteil angerechnet werden.
- Familienwohnungen unter 2'000 Franken: mit Beschränkungen von Wohnungsgrösse und Ausbaustandards, strikter Kostenkontrolle bei Neubauten und gezielten Beiträgen aus den Fonds zur Wohnbauförderung und für energetische Sanierungen soll im gemeinnützigen Wohnungsbau dafür gesorgt werden, das Angebot an preisgünstigen Wohnungen zu erhöhen und neue Familienwohnungen mit Mieten bis 2000 Franken zu bauen;
- Keine Liegenschaftsaufwertungen bei gemeinnützigen Bauträgern: bei Vergabe und Erneuerung von Baurechten an Genossenschaften und der Bewirtschaftung der Wohnungen der Stadt und ihrer Wohnbau-Stiftungen sind die Mieten dauerhaft auf Grundlage der historischen Land- und Baukosten zu berechnen.

- JA zur von der AL mitlancierten Initiative „Für bezahlbare Wohnungen und Gewerberäume“: auch die 2'600 städtischen Wohnungen in Fiskalliegenschaften, vor allem in der Altstadt, sollen auf Basis der reinen Kostenmiete, ohne die vom Kanton diktierte Liegenschaftsaufwertung bewirtschaftet werden (Abstimmung im Juni 2010).
- Stopp für Leerkündigungen: der Stadtrat muss seine guten Beziehungen zu grossen Liegenschaftsverwaltungen und Immobilienkonzernen nutzen, damit Sanierungen künftig ohne Kündigungen und mit tragbaren Mietzinsanpassungen für AltmietlerInnen durchgeführt werden.
- Nachhaltige Erneuerungspolitik: energetische Sanierungen sollen nicht zu einer massiven Erhöhung des Wohnflächenkonsums pro Person und zur Vertreibung von AltmietlerInnen führen. Fördermittel dürfen nur an Eigentümer ausgerichtet werden, die sich verpflichten, diese dauerhaft zur Vergünstigung der Mieten einzusetzen.
- Weniger Ersatzneubauten bei Genossenschaften: mit planerischen Massnahmen zur Bereitstellung von Bauland in den zentralen Quartieren sollen die Genossenschaften in die Lage versetzt werden, die Erneuerung ihres Wohnungsbestands ohne oder mit bedeutend weniger Ersatzneubauten zu realisieren.
- Neue städtische Wohnsiedlungen: neben den geplanten Überbauungen Kronenwiese und Hornbach sind in den nächsten vier Jahren weitere neue kommunale Wohnsiedlungen zu planen (u.a. Leutschenbach, bei Busgarage Hardau, Escher-Wyss-Areal nach einer Depot-Verlegung); Verzicht auf weitere Ersatzneubauten.
- Bezahlbare Gewerberäume: statt Designergeschäfte und hochrentabler Gewerbebetriebe zu fördern, soll die Stadt vermehrt Räume für gewerbliche Unternehmen beschaffen und zur Verfügung stellen, die die hohen Bodenpreise nicht mehr bezahlen können.
- Neuorientierung der PWG: Die städtische Stiftung für preisgünstige Wohn- und Gewerberäume (PWG) muss sich auf ihren statutarischen Auftrag, preiswerten Wohn- und Gewerberaum zu erhalten und zu schaffen, zurückbesinnen und auf Aufwertungsprojekte in den Boomquartieren verzichten.
- Durchsetzung der städtischen Vermietungsgrundsätze: MieterInnen, die die Belegungs- und Einkommensvorgaben der Vermietungsgrundsätze nicht mehr erfüllen, sollen mit attraktiven Angeboten zu einem Wohnungswechsel motiviert werden.

Verkehrspolitik

Verkehrspolitik hängt untrennbar mit der Siedlungs- und Stadtentwicklungspolitik zusammen. Trotz politisch rot-grüner Welle wurden in den letzten Jahren leider etliche verkehrsplanerische Tiefpunkte gesetzt. Oft und unübersehbar im Zusammenhang mit Überaufwertungen und Neuentwicklungen von Quartieren, der Aufblähung Zürichs zur „Boomtown Switzerland“ - so die quartierzerstörerische 30m-Neufrankenschneise im Kreis 4 oder der Ausbau der Stadtautobahn Pfingstweidstrasse in Zürich-West. Beide Vorhaben hat die AL gegen eine Koalition von FDP, SP und Grünen vergeblich mit Referenden bekämpft.

Insbesondere das grossräumigere Strassennetz soll die Stadt vor Durchgangsverkehr bewahren. Der motorisierte Ziel-, Quell- und Binnenverkehr, den die Stadt hervorbringt, belastet uns Bewohnerinnen und Bewohner mehr denn genug; wir wollen nicht auch noch den nationalen Durchgangsverkehr einatmen. Mit seiner Neuauflage des Ypsilon (neudeutsch: Stadttunnel), der Verknotung der nationalen Autobahnen von drei Seiten in der Stadtmitte, ist der Stadtrat auf dem Holzweg.

Entlastung, speziell der Wohnquartiere, von Verkehrsemissionen ist begrüssenswert und anzustreben, doch erwarten wir, dass immer auch andere Folgen wie die Entwicklung der Boden- und Mietpreise und die soziale Quartierentwicklung beachtet werden. Eine dunkelgrüne Verkehrspolitik, die in der Folge zu einer Verdrängung der tieferen Einkommensklassen aus der Kernstadt führt, lehnen wir als zu einseitig ab. Diese unumgängliche Interessenabwägung kann durchaus auch im Einzelfall für das Beibehalten einer nicht optimalen Verkehrsführung sprechen.

Eine gute Durchmischung von Wohnen und Arbeiten verringert die arbeitsbedingte Mobilität. Kurze Wege und eine Steuerung des Mobilitätsverhaltens über die Infrastruktur sind möglichst frühzeitig in jedem Planungsprozess zu bedenken. Ziel ist grundsätzlich sowohl die Reduktion der Verkehrsbewegungen als auch eine Verbesserung des Modalsplits zugunsten von FussgängerInnen, Velo und öffentlichem Verkehr. Rad- und Fussgängerstreifen müssen Standard sein auf Strassen, die eine Geschwindigkeit von über 30 km/h zulassen.

Unsere Verkehrspolitik nimmt klar Partei für umwelt- und menschenfreundliche Fortbewegungsarten, attraktive Angebote für diese und für die Verbesserung der Sicherheit von schwächeren VerkehrsteilnehmerInnen. Jede und jeder, auch Kinder, ältere und mobilitätsbehinderte Menschen, sollen in Zürich ungehindert unterwegs sein können. Wir verdammen das Auto nicht in der Totale, doch es soll nur wo nötig und sinnvoll zum Einsatz kommen, z.B. für mobilitätsbehinderte Menschen, Servicefahrzeuge und Gewerbebetriebe. Ein grosser Teil der ZürcherInnen hat erkannt, dass Wohnen in der Stadt kein Auto braucht. Das sollte sowohl in der Planung und Umsetzung der (Strassen-)infrastruktur berücksichtigt als auch aktiv unterstützt werden. Massnahmen zur Verhaltenslenkung wie Road Pricing können nur unterstützt werden, wenn garantiert ist, dass die Erträge nicht für Strassenbauvorhaben oder den motorisierten Individualverkehr eingesetzt werden.

Unsere Forderungen:

- Vernetzes Denken mit sozialräumlicher Entwicklung in Verkehrs- und Stadtentwicklung
- Stadt als Wohn- und Lebensraum und nicht als automobiles "Raser"-Paradies
- Förderung ökologischer und zukunftsgerichteter Fortbewegungsarten
- Keine Neuauflage von „Ypsilon“/Stadttunnel, der Stadtautobahn
- Kein Waidhaldetunnel
- Neufrankenschneise weiterhin NEIN
- Neue Tangentialverbindungen für den öffentlichen Verkehr, insbesondere Tram über die Hardbrücke und Rosengartentram (Escher-Wyss-Platz bis Bucheggplatz)

- Verwirklichung und Ausbau des Radwegnetzes in und durch die Stadt, insbesondere schnelle und direkte Verbindungen
- Keine gefährlichen Velostreifen durch FussgängerInnenbereiche, sichtbare Aufteilung der Flächen
- Förderung des Sicherheitsgefühls der FussgängerInnen durch entsprechende Gestaltung
- Bevorzugung des Gewerbes im Verkehr und bei Parkplätzen
- Abbau von Verkehrsschildern
- Massnahmen zur Reduktion des Freizeit-Verkehrs
- Beginn einer Politik, die Mobilität reduziert (small is beautiful, near ist nice)

Steuern und Finanzpolitik

Die Stadt Zürich schreibt 2009 ein Defizit von rund 200 Millionen Franken. Für 2010 ist ein Defizit in gleicher Höhe budgetiert. Die Abhängigkeit der Stadt von den Steuereinnahmen der Finanzindustrie ist weit grösser, als es diese zweimal 200 Millionen Franken vermuten lassen. Der Kanton hat jedenfalls die Finanzkrise weit mehr gespürt als die Stadt. Dabei hatte die Stadt Zürich den Steuerfuss 2008 sogar noch um 3 Punkte gesenkt. Der Ausfall der Steuern der UBS hat dennoch nicht zu einem Desaster geführt. Vier Gründe sind dafür verantwortlich, dass die Stadt weit weniger von der (Finanz-)Krise betroffen ist als andere Gemeinden:

- Der Boom, den die Stadt Zürich seit gut zehn Jahren erlebt, ist nicht zum Stillstand gekommen. Er drückt sich in einer wachsenden Bevölkerungszahl, dem Zuzug zahlungskräftiger Arbeitskräfte und damit steigenden Steuereinnahmen der Privatpersonen aus.
- Die Finanzkrise hat Anlagen im Immobilienmarkt noch attraktiver gemacht. Die Handänderungen haben ein Rekordniveau erreicht. Die Einnahmen aus der Grundstückgewinnsteuer verharren auf sehr hohem Niveau.
- Die auf kaufkräftige Steuerzahlende ausgerichtete Stadtentwicklungspolitik hat zusammen mit dem anhaltend grossen Zuzug zu einer anhaltenden Vertreibung von ärmeren Haushalten geführt. Die Gemeinden werden stark belastet durch Transferzahlungen für Sozialhilfe und Beihilfen zu AHV und IV. Diese sind in den letzten zehn Jahren in der Stadt unterdurchschnittlich angestiegen. Beim Anteil der Haushalte, die soziale Transferleistungen beziehen, hat Zürich 2006 seine langjährige Spitzenposition an Schlieren, Dietikon und Opfikon abgegeben.
- Die Gemeindebetriebe – dazu zählt neben ewz, VBZ, Wasserversorgung und Entsorgungsbetrieben auch der kommunale Wohnungsbau – reduzieren die Abhängigkeit der Stadt von den Steuereinnahmen. Der starke städtische Sektor der Stadt Zürich – ein eigentlicher kommunaler „service public“ – ist eine einzigartige Erfolgsgeschichte. Die jährlichen Gewinne von ewz, ERZ und Gasversorgung, die Eigenwirtschaftlichkeit der städtischen Wohnungen und die Millionen-Rückstellungen der Gemeindebetriebe tragen zur finanziellen Stabilität bei. Es hat sich ausbezahlt, dass die AL sich gegen die Privatisierung von öffentlichen Betrieben gewehrt hat.

Der Stadtrat hat bisher auf ein Sparprogramm verzichtet. Die erzielten Einsparungen sind im wesentlichen auf Budgetkorrekturen und kleine Ausgabenverzichte zurückzuführen. Vor den Wahlen will der Stadtrat nicht sparen, aber danach dürfte sich das ändern. Es ist offen, ob und wann die Finanzindustrie wieder zu ihrer alten Steuerkraft zurückfinden wird. Das Wachstum der Bevölkerung, die Volksschulreform und die ausserschulische Kinderbetreuung werden jedoch gezielte Investitionen dringend erforderlich machen. Damit dürfte die Auseinandersetzung um die Ressourcenverteilung wieder bedeutend härter werden.

Mit der neoliberalen Wende der 80er-Jahre sind Steuervermeidung und egoistische Nutzenmaximierung immer mehr zu gesellschaftlichen Leitwerten geworden. Die AL betont dagegen, dass für die entrichteten Abgaben auch ein hoher Gegenwert geliefert wird. Die beste Investition in die gemeinsame Sicherheit ist eine solidarische Gesellschaft mit gut gepflegten Infrastrukturen.

In den kommenden Auseinandersetzungen setzt sich die AL für folgende Ziele ein:

- Verringerung der Abhängigkeit von der Finanzindustrie, Förderung der Ansiedlung von zukunftssträchtigen, alternativen Industrie- und Dienstleistungsbetrieben
- Keine Sparmassnahmen bei der Schule und der ausserschulischen Kinderbetreuung: Die Aufstockung der Hortplätze von heute 7'000 auf den Bedarf von 12'000, die vom Volksschulgesetz zwingend vorgeschriebenen Mindeststunden für die Sprachförderung fremdsprachiger Schulkinder (DAZ), der Stütz- und Förderunterricht und die Erhöhung der mit Beiträgen der Stadt solidarisch fi-

nanziierten Betreuungsplätze für Kinder sind für die AL ein unantastbarer Teil der Finanzplanung und der Budgets der nächsten vier Jahre.

- Konzentration der Investitionen auf die dringenden Bedürfnisse der Bevölkerung, weg von den stadträtlichen Prestige- und Aufwertungsprojekten, die den Boomtown-Prozess anheizen: Statt einer Express-Taskforce für ein neues Kongresszentrum braucht es eine Taskforce für den Bau des Schulhauses Ruggächer. Statt in schicke Alleen und neue Super-Boulevards im Kreis 4 muss in den Kauf von Bauland und die Realisierung neuer städtischer Wohnsiedlungen investiert werden.
- Weiterausbau des „service public“ : Gegen Sparmassnahmen des ZVV bei den VBZ muss sich der Stadtrat rigoros zur Wehr setzen. Der „open access“ des vom ewz gebauten Glasfasernetzes muss gegen die Monopolgelüste der Swisscom verteidigt werden, die Investitionen des ewz in die Energiewende sind auch im Hinblick auf die Schaffung zukunftsfähiger Arbeitsplätze unersetzlich.
- Keine Abkehr vom automatischen Teuerungsausgleich und keine Auslagerungen: Die AL sagt NEIN zur Überprüfung des Teuerungsausgleichs und den von Dienstchefs und Stadträten immer wieder ins Auge gefassten Auslagerungen (von der Privatisierung des Personalrestaurants über die Auslagerung einfacher EDV-Arbeiten bis zum Verkauf der Stadtküche). Die Schere zwischen Mindest- und Höchstlöhnen darf nicht weiter aufgehen: Die Stadt muss Vorreiter einer solidarischen Lohnpolitik bleiben und weniger qualifizierten Menschen dauerhaft sichere Arbeitsplätze anbieten.
- Ausgleich des Budgets als mittelfristiges Ziel: Richtgrösse ist nicht das (fiktive) Eigenkapital der Stadt, sondern die Zinsbelastung der Stadtkasse. Es muss verhindert werden, dass Zinszahlungen an die Banken einen erheblichen Teil der städtischen Finanzen wegfressen und den finanziellen Spielraum der Stadt einschränken. Gespart werden kann über eine sinnvolle Etappierung grosser Investitionen, eine Reduktion des Perfektionismus beim Strassen-Unterhalt, bei Imagekampagnen und Aufwertungsprojekten, die die Boomprozesse weiter anfeuern. Überprüft werden sollen Ausgaben dort, wo sie den Wasserkopf der Verwaltung vergrössern und den BewohnerInnen keinen Nutzen erbringen.
- Nein zum geplanten neuen Rechnungslegungsmodell „IPSAS“ und dem Ausbau der Globalbudgetierung: mit IPSAS-Neubewertungen des Finanzvermögens drohen exorbitante Gebührenerhöhungen, die Globalbudgets schränken die demokratische Kontrolle der städtischen Finanzen ein.
- NEIN zur anstehenden Revision des Steuergesetzes: Der Erfolg der AL-Initiative zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung zeigt, dass die Gerechtigkeit des Steuersystems an eine Grenze gekommen ist. Die oberste Progressionsstufe für die grosse Einkommen darf nicht abgeschafft werden, auch für eine Reduktion der Vermögenssteuer ist kein Platz.
- Erbschaftssteuer auf Bundesebene: Nach der Teilabschaffung auf kantonaler Ebene soll sich die Stadt beim Bund für eine Einführung auf eidgenössischer Ebene stark machen.

Energiepolitik und städtische Betriebe

Die Stadt Zürich hat sich im November 2008, vorerst auf dem Papier, für die 2000-Watt-Gesellschaft und den Ausstieg aus der Atomkraft entschieden - ein landesweit wegleitender Entscheid. Diesem Entscheid müssen jetzt konkrete Taten folgen.

Allerdings wird der dafür erforderliche kommunale Handlungsspielraum durch die auf Ebene der EU und des Bundes vorangetriebene generelle Liberalisierung im Energie- und Verkehrsbereich erheblich eingeschränkt. Elektrische Energie soll nicht als reine Marktware, sondern als ökologisch sensibles Gut (Radioaktivität, Kohlendioxid) angesehen werden. Bei Konzessionserneuerungen von Wasserkraftwerken muss verhindert werden, dass sie nach reinen Markt- und Profitprinzipien an den europaweit Meistbietenden versteigert werden. Im Bereich des Verkehrs droht mit der alle zehn Jahre vorgesehenen Ausschreibung von Bus- und Tramlinien eine entscheidende Schwächung und Zerstückelung der VBZ, die das Rückgrat des öffentlichen Verkehrs in unserer Stadt bildet.

Energiepolitisch erschwerend dazu kommt, dass über 90 Prozent der Stadtzürcher Haushalte zur Miete wohnen, gleichzeitig aber wesentliche Entscheide, die den Energieverbrauch von Wohnungen bestimmen, in der Hand der Hauseigentümer liegen (energetischer Zustand des Gebäudes, Heizungs- und Warmwassersystem, Hauptstromfresser wie Kühlgeräte, Geschirrspüler, Waschmaschinen und Trocknungsgeräte). Das bedeutet, dass die entscheidenden Akteure ökologisch motiviert, gleichzeitig aber sichergestellt werden muss, dass energetische Sanierungsmassnahmen für die Mieterinnen und Mieter sozialverträglich bleiben.

Eine nachhaltige kommunale Energiepolitik ist nur denkbar, wenn die Stadt – und das heisst konkret der Gemeinderat und die Stimmberechtigten - die Zügel in der Hand behalten und damit eine demokratische Kontrolle gewährleistet bleibt. Die AL hat sich darum in den vergangenen Jahren aktiv und mit Erfolg gegen Liberalisierungen und die Ausgliederung und Privatisierung von städtischen Betrieben zur Wehr gesetzt. Als viele Linke noch mit der Liberalisierung liebäugelten, hat die AL die Ausgliederung der Gasversorgung (1997) und mit Referenden und Beschwerden die Grossbezüger-Rabatte beim ewz (1999 und 2001) bekämpft. Die AL leistete einen Hauptbeitrag zum NEIN zur Privatisierung des städtischen ewz (2000) und des kantonalen EKZ (2001) und war in der Deutschschweiz einer der Hauptinitianten des erfolgreichen Referendums gegen die Strommarktöffnung (2002). Der Stromspar-Bonus (Einzelinitiative Maiorano), der Rahmenkredit für das ewz-Wärme-Dienstleistungsgeschäft und Stromsparaktionen (Kühlschrank-Entrümpelungsaktion) gehen auf Anregungen und Postulate der AL zurück.

- Keine Ausgliederung und Privatisierung städtischer Betriebe
- Beibehaltung der Tarifhoheit für städtische Betriebe beim Gemeinderat
- Weiterhin kosten- statt marktorientierte Tarifpolitik der städtischen Werke
- Offensiver und umweltverträglicher Ausbau von erneuerbaren elektrischen Produktionskapazitäten durch das ewz (Wind-, Solar- und Wasserkraft) sowie Förderung der Stromeffizienz
- Aktive Forschung und Förderung der Geothermie
- Weiterausbau des Wärme-Dienstleistungsgeschäfts (Contracting) des ewz
- Kooperationen und Vertriebspartnerschaften mit kommunalen Elektrizitätsversorgern, die sich den Prinzipien des service public, der Ökologie und der demokratischen Kontrolle verpflichten
- Langfristige Sicherung der einheimischen Energieressourcen, insbesondere der Wasserkraft, für die inländische Versorgung
- Pilotprojekt für ein intelligentes Netz (smart grid = gesteuertes Netz mit dezentralen Produzenten und Speichern) zur Sicherstellung von elektrischer Versorgung und Mobilität
- Keine Ausschreibung von Bus- und Tramlinien

Sozialpolitik

Angesichts der aktuellen Wirtschaftslage wird Sozialpolitik in der kommenden Legislatur wiederum ein schergewichtiges Thema sein. Die Frage der Verteilung von Arbeit und Einkommen wird noch härter und grundlegender geführt werden. Die heutige Breite der Lohnschere entbehrt jeder erklärbaren und vertretbaren Grundlage. Es tut gut, dass die obszönen Mega-Saläre und Boni frontal angegriffen werden.

Wir akzeptieren nicht, dass Menschen ohne ausreichendes eigenes Einkommen in ihren Rechten eingeschränkt, überwacht, gegängelt werden. Wir halten weiterhin nichts vom Betrugs-Generalverdacht gegenüber SozialhilfeempfängerInnen, Sozialdetektiven, Arbeitszwang, Einschränkung der Reisefreiheit und ähnlichen Druckmitteln. Grundrechte dürfen nicht an Verfügbarkeit von Lohnarbeit gekoppelt werden. Wo es um die Existenzsicherung geht, darf der Grund der Unterstützungsbedürftigkeit keine Rolle spielen: das heutige Hin- und Herschieben zwischen Sozialversicherungen und Sozialhilfe verschlimmert nur die Situation der Betroffenen und erhöht die Gesamtkosten für das Gemeinwesen.

Mehr Kompetenzen für und Vertrauen in die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter an der Basis anstelle einer aufgeblähten Bürokratie begrüßen wir. Damit sie ihre Aufgaben wahrnehmen können, müssen ihnen aber das notwendige spezielle Fachwissen, Weiterbildung und Infrastruktur zur Verfügung stehen. Insbesondere müssen die Sozialarbeitenden den Betroffenen je nach individuellem Bedarf nebst finanziellem auch persönlichen Support zukommen lassen können. Wir fordern daher weiterhin, dass die Fallzahlen pro MitarbeiterIn sich auf einem Niveau bewegen, das eine solche Betreuung ermöglicht.

Unsere Forderungen:

- Existenzsicherung für alle, ohne Bedingungen und ohne Einsatz von Druckmitteln
- Strikte Freiwilligkeit aller Programme zur Arbeitsintegration: Arbeitsintegration als Sanktionsmassnahme ist völlig verfehlt.
- Mehr Nischenarbeitsplätze: Die Stadt muss mehr Arbeitsplätze anbieten, fördern und fordern, wo Menschen mit Beeinträchtigungen arbeiten können
- Gewährleistung eines verbindlichen und gerechten Mindestlohns
- Zeit für die Betroffenen durch eine echte Sozialberatung statt uferlose Bürokratie in der Sozialhilfe
- Kein Auspielen und gegenseitiges Zuschieben von KlientInnen zwischen den verschiedenen Sozialversicherungen (Case Management und Zusammenarbeit zwischen den Institutionen)
- Erhalt von gewachsenen sozialen Strukturen in Quartieren statt Zerstörung durch Überaufwertung
- Keine künstliche Schaffung von sozialen Ghettos, sondern Förderung der sozialen Durchmischung (u.a. Begleitetes Wohnen verteilt auf alle Stadtkreise)
- Ausreichend Kinderbetreuungsplätze und ausreichend Betreuer und Betreuerinnen
- Tragbare Krankenkassen-Prämien für alle (15% mehr Prämienverbilligungszuschüsse der Kantons gemäss neuer kantonaler Volksinitiative der AL)
- Keine Zweiklassenmedizin
- Freie Wahl zwischen Schul- und Alternativ/Komplementärmedizin
- Niederschwellige Anlaufstelle und spezialisierte Sozialarbeitende in der wirtschaftlichen Sozialhilfe, die mit Menschen - auch Flüchtlingen - mit Traumata umgehen können

Zürich –eine Stadt für alle

Gesellschaftliche Vielfalt ist eine Bereicherung auch in Zürich. Jedes Individuum ist einzigartig, ja soll einzigartig sein und gerade dies ermöglicht spannende Begegnungen. Deshalb sollen unterschiedliche Lebensentwürfe nicht gegeneinander auf- oder abgewertet werden. Es ist wichtig, dass Zürich weltoffen bleibt und Platz bietet für ein Neben- und Miteinander von Menschen verschiedener Herkunft, unterschiedlicher politischer Einstellungen, beliebiger Geschlechtsidentitäten und sexueller Orientierungen. Das schliesst ein, dass verschiedene Religionen und Lebensentwürfe toleriert werden.

Egal ob Bankangestellte oder Arbeitslose, Migrantin oder Bischof, alle haben die gleichen Menschenrechte, die gleichen Grundrechte, nicht mehr und nicht weniger. Dafür brauchen wir keine Normierung und kein übersauberes Zürich. Wir wollen eine Stadt, wo es erlaubt ist zu stören, wenn die Verhältnisse nicht so sind, wie sie sein sollten.

Im Umgang mit Menschen am Rande der Gesellschaft, insbesondere mit Menschen, die süchtig sind nach illegal erklärten Drogen, Alkohol, Tabak oder anderen Stoffen und Verhaltensweisen, wollen wir eine offene Politik weiter entwickeln. Die Erfahrung zeigt, dass einseitige Verbote und Repression wenig bringen und viel Schaden anrichten. Eine kohärente Suchtpolitik ist allerdings noch in weiter Ferne. Konsum und Handel von Suchtmitteln sollten sinnvoll reguliert werden und nicht entweder vollständig verboten oder rund um die Uhr erhältlich sein und angepriesen werden können. Wir wollen, dass aus unserer Stadt wieder innovative Ideen kommen und nicht simple Rezepte der Vertreibung.

Wer auf welche Weise seine persönliche Zufriedenheit im Leben erreicht und wer welche Biografie mitbringt, darf für staatliches Handeln und staatliche Unterstützung nicht ausschlaggebend sein. Unabhängig von persönlichen Voraussetzungen, Begabungen und Handicaps, die jede und jeder mitbringt, steht allen das Recht auf vollständige Teilhabe am sozialen, politischen und kulturellen Leben und an den Vorzügen zu, die Zürich zu bieten hat. Das schliesst ein, dass wir anerkennen, dass verschiedene Gruppen, etwa Kinder und SeniorInnen, aber auch Minderheiten wie MigrantInnen, Menschen mit Behinderung und Arbeitslose, auf besondere Leistungen angewiesen sind. Auch Menschen ohne gültige Papiere haben Grundrechte, auch für sie gelten die Menschenrechte und aufgrund der schwierigen Lebenssituationen brauchen sie oft Unterstützung statt starr angewandter Gesetze. Kinder haben ein umfassendes Recht auf Bildung und Ausbildung, ob mit oder ohne Pass. Hier darf es keine Sackgassen geben für niemand.

Die AL vertritt folgende Forderungen:

- Zürich als offene Stadt für alle sozialen Schichten
- Volles Stimm- und Wahlrecht für Nicht-SchweizerInnen mindestens auf kommunaler Ebene nach fünf Jahren Aufenthalt: Waadt, Neuenburg und Jura zeigen, dass das geht.
- Aktive statt reaktive Integrationspolitik
- Gleichbehandlung von MigrantInnen aus dem EU- und dem Nicht-EU-Raum
- Höhere Gewichtung von Sprache und Kultur grösserer Migrationsgruppen in der Volksschule
- Legalisierung der Sans-Papiers, gesicherter Zugang ihrer Familien zu medizinischer und psychologischer Betreuung
- Keine Sackgassen bei der Bildung: Ungeschmälertes Recht auf Schulbildung und Möglichkeit von Berufsausbildung für Kinder von Sans-Papiers.
- Integration und Gleichstellung statt Sonderregelungen für Menschen mit Behinderung
- Volle Gleichstellung aller Geschlechter in allen Lebensbereichen, insbesondere kein Zwang zur Zuordnung zu den Kategorien Mann / Frau
- Weiterführung der innovativen und fortschrittlichen Drogenpolitik statt simplen Vertreibungsrezepten, stärkerer Einsatz der Stadt Zürich bei Kanton und Bund für eine kohärente Suchtpolitik
- Keine weitere Zerstörung von Quartierstrukturen, die auf Vielfalt basieren, Unterstützung von Selbsthilfe- und Eigeninitiativen